

1. Erste Fraktionssitzung 10.45-13.00 Uhr

Personalentscheidungen:

- Wählen Sie eine/n Fraktionsvorsitzende/n und eine/n stellvertretende/n Fraktionsvorsitzende/n.
- Wählen Sie drei Schriftführer/innen.
- Geben Sie bekannt, wer von Ihnen in welchem Ausschuss mitarbeitet.

2. Fraktionsarbeitskreise 16.30-18.30 Uhr

Teilen Sie sich entsprechend der Ausschusszugehörigkeiten in 4 Arbeitskreise (AK) auf:

- AK Beruf & Gesellschaft: Öffentliche Verwaltung – Arbeit – Gleichstellungsfragen
- AK Gesundheit & Soziales: FSFJ – Gesundheit – Wirtschaft
- AK Mensch & Natur: Verkehr – Umwelt – Forschung und Technologie
- AK Bürger & Staat: Inneres – Soziales – Recht

Personalentscheidungen:

Benennen Sie in den Arbeitskreissitzungen

- je eine/n Vorsitzende/n für den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie für den Rechtsausschuss.
- je eine/n stellvertretende/n Vorsitzende/n für den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie für den Ausschuss für Gleichstellungsfragen.
- je eine/n Sprecher/in des jeweiligen Arbeitskreises.

Bedenken Sie: AG-Sprecher dürfen im Plenum Reden halten, Ausschussvorsitzende hingegen aufgrund ihrer überparteilichen Aufgabe nicht.

Inhaltliche Arbeit:

Überlegen Sie in Ihrem jeweiligen Arbeitskreis:

1. **Was wollen wir?** Soll das Gesetz so beschlossen werden? Muss der Text verändert werden, damit wir zustimmen können?
2. **Mit welchen Argumenten treten wir für unsere Position ein?**
3. **Welche Kompromisse können wir machen**, um unsere wichtigsten Ziele zu erreichen?

Bereiten Sie sich dabei auf die folgenden Fragen vor, die später in den Ausschüssen behandelt werden:

- **AK Beruf und Gesellschaft**

Ausschuss für die Angelegenheiten der öffentlichen Verwaltung:

Welche Folgen hätte das Gesetz für den Staat als Arbeitgeber? Welche für das Verhältnis zwischen den Mitarbeitern der Behörden und den Bürgern in Deutschland?

Arbeitsausschuss:

Welche Bedeutung kann das Gesetz über den öffentlichen Dienst in den Bundesbehörden hinaus für den privaten Arbeitsmarkt entwickeln? Was wären wünschenswerte oder problematische Folgen?

Ausschuss für Gleichstellungsfragen:

Kann das Gesetz einen Beitrag zur verbesserten Gleichstellung in den Bundesbehörden leisten? So zum Beispiel für die Gleichstellung von Männern und Frauen, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, älteren und jüngeren Arbeitnehmer/innen?

- **AK Gesundheit und Soziales**

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Welche Rolle kann und soll die Familie bei der Pflege spielen? Kann akuten gesundheitlichen Bedürfnissen und langfristigen Planungsnotwendigkeiten während der Freistellungszeit sinnvoll begegnet werden? Welche Möglichkeit bietet die Regelung gerade für weibliche Arbeitskräfte?

Gesundheitsausschuss:

Kann akuten gesundheitlichen Bedürfnissen und langfristigen Planungsnotwendigkeiten während der Freistellungszeit sinnvoll begegnet werden? Steht die Finanzierung in logischem Verhältnis zu Regelungen bei eigener Krankheit der Arbeitnehmer und bei Krankheit ihrer Kinder?

Wirtschaftsausschuss:

Welche Folgen hat das Gesetz für die Arbeitgeber und für den Arbeitsmarkt im Allgemeinen? Sind durch das Gesetz positive Auswirkungen auf die Leistungen der Arbeitnehmer zu erwarten?

- **AK Mensch und Natur**

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:

Ist die vorgeschlagene Straßenbenutzungsgebühr ein geeignetes Mittel, um Geld für die Verbesserung des Verkehrswegenetzes in Deutschland einzutreiben? Ist die Maßnahme notwendig und sinnvoll?

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Wie wirkt sich die vorgeschlagene Straßenbenutzungsgebühr umweltpolitisch aus? Kann und soll sie Umweltverschmutzung und klimaschädlichen Schadstoffausstoß verhindern?

Ausschuss für Forschung und Technologie:

Wie wirkt sich die vorgeschlagene Straßengebühr wirtschaftlich aus? Kann sie der wirtschaftlichen Entwicklung nutzen oder schaden?

- **AK Bürger und Staat**

Innenausschuss:

Bedeutet die vorgeschlagene Veränderung des Wahlrechts eine Stärkung der Demokratie? Kann sie dem parlamentarischen System zusätzliche Stabilität und Legitimation geben? Schränkt eine Wahlpflicht die politische Freiheit der Bürgerinnen und Bürger in ungerechtfertigter Weise ein?

Ausschuss für Soziales:

Kann eine Wahlpflicht dafür sorgen, die Wahlbeteiligung von Angehörigen sozial benachteiligter Gruppen zu erhöhen und dafür sorgen, dass diese im Bundestag besser repräsentiert werden? Bedarf es dafür gegebenenfalls unterstützender Maßnahmen?

Rechtsausschuss:

Wie kann eine Wahlpflicht praktisch umgesetzt werden? Wie kann die Beteiligung an der Wahl kontrolliert werden? Soll ein Verstoß gegen die Wahlpflicht sanktioniert werden, und wenn ja wie?

3. Zweite Fraktionssitzung 18.30-20.30 Uhr

Inhaltliche Entscheidungen:

Beschließen Sie zu jedem der vier morgen in den Ausschüssen zu verhandelnden Themen eine Fraktionsstrategie.

Behandeln Sie dabei die Themen in der folgenden Reihenfolge:

1. Anonymisierte Bewerbung
2. Pflegefreistellung
3. PKW-Maut
4. Wahlpflicht

Gehen Sie bei jedem der vier Themen folgendermaßen vor:

- Präsentation der Beratungsergebnisse der befassten Arbeitskreise
- Aussprache
- Beschluss einer Fraktionsstrategie